

PROTOKOLL ETHISCHER KOMMUNIKATIONSKANAL

(Gesetz 2/2023 vom 20. Februar)

Im Folgenden wird gemäß den Bestimmungen des Art. 25 des Gesetzes 2/2023 vom 20. Februar das Informations- und Aktionsprotokoll festgelegt, das die Funktionsregeln des ethischen Kommunikationskanals von „TRUCK AND WHEEL GROUP, SL“ (im Folgenden TWG) regelt. Die Akzeptanz des vorliegenden Dokuments bringt es mit sich, dass der NUTZER:

- das hier Dargelegte gelesen, verstanden und gebilligt hat
- alle hier dargelegten Obliegenheiten übernimmt.

Diese Bedingungen haben eine unbestimmte Gültigkeitsdauer. TWG behält sich das Recht vor, sie jederzeit und ohne vorherige Ankündigung zu ändern und/oder zu aktualisieren. Es wird daher empfohlen, sie regelmäßig zu überprüfen.

Die Einhaltung dieser Grundsätze kommt uns allen zugute.

I.- EINFÜHRUNG

Ein ethischer Kommunikationskanal ist ein Instrument, dessen Zweck darin besteht, ein Kommunikationskanal zu sein, über den Angestellte, Mitarbeiter, Lieferanten usw. Mitteilungen oder Beschwerden über Risiken oder den Verdacht auf unregelmäßiges Verhalten und die Nichteinhaltung von Vorschriften senden können. Auf diese Weise wird die zuständige Stelle diese untersuchen und gegebenenfalls geeignete Präventiv-, Korrektur- oder Sanktionsmaßnahmen ergreifen.

II.- ZWECK

TWG hat diesen ethischen Kommunikationskanal implementiert und gestartet, der einen wirksamen Mechanismus zur Stärkung unseres Engagements für ethisches und verantwortungsvolles Verhalten bei den Aktivitäten und Betrieben dieses Unternehmens darstellen soll durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter, Angestellten, Kunden und Dritter, die in unserem Namen und/oder in ihrem Namen oder zu ihrem Vorteil handeln.

Der Zweck dieses Kanals besteht darin, dass alle Personen, die mit der Tätigkeit von TWG zu tun haben, Tatsachen, Unregelmäßigkeiten, Risiken, Handlungen oder Unterlassungen melden, mitteilen oder anzeigen können, die die Begehung von Straftaten oder Verstöße gegen die für sie geltende Vorschriften und Gesetze implizieren können und anwendbar sind

auf Handlungen oder Verhalten, das im Widerspruch zu den Protokollen und Verfahren steht, die es implementiert oder implementiert hat, um die Einhaltung dieser Vorschriften zu gewährleisten, sowie die Ausübung von Datenschutzrechten und die Mitteilung von Unregelmäßigkeiten oder Risiken in dieser Angelegenheit.

III.- REGELN FÜR DIE NUTZUNG DIESES KANALS

Der Zugriff auf die Inhalte und die Nutzung des Kanals sind kostenlos. Minderjährigen ist der Zutritt untersagt, es sei denn, sie verfügen über die vorherige und ausdrückliche Genehmigung ihrer Eltern, Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter, die für die Handlungen von Minderjährigen unter ihrer Kontrolle verantwortlich gemacht werden gemäß den geltenden Vorschriften. In jedem Fall wird davon ausgegangen, dass der Zugriff eines Minderjährigen auf den Kanal mit vorheriger und ausdrücklicher Genehmigung seiner Eltern, Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter erfolgt ist.

Der/Die Nutzer/in verpflichtet sich, den Kanal in Übereinstimmung mit dem Gesetz und den Bestimmungen dieser Nutzungs- und Geschäftsbedingungen zu nutzen. Er ist außerdem verpflichtet, den Kanal nicht für Zwecke oder Ziele zu nutzen, die rechtswidrig sind oder im Widerspruch zu „gutem Glauben“ und den Bestimmungen dieser Nutzungs- und des Betriebsbedingungen des Kanals stehen.

Durch die Nutzung des Kanals erklärt sich der Nutzer mit diesen Nutzungs- und Betriebsbedingungen einverstanden und verpflichtet sich, über die vom Kanal bereitgestellten Dienste kein Material jeglicher Art zu übertragen, zu verbreiten oder Dritten zur Verfügung zu stellen, das gegen die geltende Gesetzgebung verstößt.

Ebenso erklärt sich der/die Nutzer/in des Kanals mit diesen Nutzungs- und Betriebsbedingungen unter eigener und exklusiver Verantwortlichkeit einverstanden und verpflichtet sich, den Kanal nicht zu betrügerischen Zwecken zu verwenden und keinerlei Verhalten an den Tag zu legen, welches das Image, die Interessen und die Rechte von TWG oder von Dritten beschädigen könnten. Ebenso verpflichtet sich der/die Nutzer/in, keine Handlungen vorzunehmen, die darauf abzielen, den Kanal zu beschädigen, zu deaktivieren oder zu überlasten, oder die in irgendeiner Weise die normale Nutzung und den normalen Betrieb des Kanals verhindern würden.

Der/Die Nutzer/in wird darüber informiert, dass sich TWG das Recht vorbehält, seinen/ihren Zugriff auf den Kanal einzuschränken, auszusetzen oder zu beenden, falls er/sie den Inhalt dieser Nutzungs- und Betriebsbedingungen nicht einhält, und die technische Maßnahmen ergreift, die hierfür notwendig sind. Ebenso behält sich TWG das Recht vor, solche Maßnahmen zu ergreifen, wenn begründeter Verdacht besteht, dass der Nutzer gegen die in



den oben genannten Instrumenten enthaltenen Geschäftsbedingungen verstößt.

Dieser Kanal unterliegt den spanischen Gesetzen sowie den nationalen und internationalen Gesetzen zum geistigen und gewerblichen Eigentum. In keinem Fall wird davon ausgegangen, dass der Zugriff und die Navigation des Benutzers über den Kanal einen vollständigen oder teilweisen Verzicht, eine Übertragung, eine Lizenz oder eine Übertragung dieser Rechte durch TWG bedeuten. Der Nutzer hat ein ausschließlich privates Nutzungsrecht, ausschließlich zu dem Zweck, den Kanal zu nutzen, um TWG über das Vorliegen möglicher Hinweise, Verdachtsmomente oder Kenntnis eines angeblich rechtswidrigen oder unregelmäßigen Verhaltens zu informieren, das gegen die Rechtsordnung und/oder die internen Vorschriften und Protokolle zur Kriminalprävention von TWG verstößt.

Sofern nicht ausdrücklich angegeben, gewährt der Zugriff auf oder die Nutzung des Kanals und/oder seiner Inhalte dem Nutzer zu keinem Zeitpunkt ein Recht an den darin enthaltenen Marken, Logos und/oder Unterscheidungsmerkmalen, die gesetzlich geschützt sind.

Alle geistigen und gewerblichen Eigentumsrechte an den Inhalten und/oder Diensten bleiben vorbehalten, und insbesondere ist es verboten, die Inhalte in irgendeiner Weise zu löschen, zu umgehen, zu manipulieren, zu modifizieren, zu kopieren, zu reproduzieren, öffentlich zu kommunizieren, umzuwandeln oder zu verbreiten. Alle oder Teile des im Kanal enthaltenen Inhalts und/oder Dienstes sowie die technischen Schutzvorrichtungen, digitalen Fingerabdrücke oder alle in den Inhalten enthaltenen Informationen und/oder Identifizierungsmechanismen für die Öffentlichkeit oder kommerzielle Nutzung bedürfen, sofern Sie nicht über diese vorherigen verfügen, ausdrücklicher und schriftlicher Genehmigung von TWG. Die Legitimität geistiger Eigentumsrechte oder gewerbliche Inhalte, die den von Dritten bereitgestellten Inhalten entsprechen, unterliegen ausschließlich deren Verantwortung.

Für den Fall, dass der Nutzer Informationen jeglicher Art über den Kanal an TWG sendet, erklärt, garantiert und akzeptiert er/sie, dass er/sie das Recht dazu hat, dies frei zu tun, und dass diese Informationen keine geistigen Eigentums- oder Markenrechte verletzen, Patente, Geschäftsgeheimnisse oder andere Rechte Dritter, und dass diese Informationen nicht vertraulich/vorbehalten sind.

Der Nutzer erkennt an, dass er die Verantwortung übernimmt und hält TWG schadlos für jegliche Kommunikation, die persönlich oder in seinem Namen erfolgt. Diese Verantwortung erstreckt sich ohne Einschränkung auf deren Richtigkeit, Rechtmäßigkeit, Originalität und Eigentum.

IV.- WER KANN ÜBER DIESEN KANAL BERICHTEN?

Jeder Angestellte, Administrator, Lieferant, Mitarbeiter oder externe Berater und im Allgemeinen jede Person oder jedes Unternehmen, das direkt oder indirekt an TWG beteiligt ist und/oder im Namen und zum Nutzen handelt und Kenntnisse haben über:

- Handlungen oder Unterlassungen, die einen Verstoß gegen das im Anhang der Whistleblower-Richtlinie enthaltene EU-Recht darstellen können, sowie solche, die die



finanziellen Interessen der EU beeinträchtigen, und solche, die den Binnenmarkt beeinträchtigen.

- Handlungen oder Unterlassungen, die einen schwerwiegenden oder sehr schwerwiegenden Strafbestand oder Verwaltungsverstoß darstellen können.

Kurz gesagt: Tatsachen, Unregelmäßigkeiten, Risiken, Handlungen oder Unterlassungen, die die Begehung von Straftaten, Verstöße gegen für das Unternehmen geltende Vorschriften und Gesetze oder ein Verhalten im Widerspruch zu den Protokollen und Verfahren bedeuten können, die es zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Vorschriften einführt oder eingeführt hat, einschließlich der Kommunikation möglicher Vorfälle, die Sicherheitsverstöße im Sinne der Datenschutzbestimmungen darstellen können. Ebenso kann jede Person, die in einer Beziehung mit dem Unternehmen steht, die durch die Datenschutzbestimmungen gewährten Rechte beantragen.

V.- ÜBER DIESEN KANAL SOLLTE INFORMIERT WERDEN

Jeder andere Angestellte, Administrator, Lieferant, Mitarbeiter oder externe Berater und im Allgemeinen jede Person oder Firma mit direkter oder indirekter Beteiligung an TWG, die in ihrem Namen und zu ihrem Vorteil handelt, die Handlungen, Unregelmäßigkeiten, Risiken oder Handlungen durchgeführt oder begangen hat oder Unterlassungen, die die Begehung von Straftaten, die Nichteinhaltung der für das Unternehmen geltenden Vorschriften und Gesetze oder Verhaltensweisen im Widerspruch zu den Protokollen und Verfahren zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Vorschriften bedeuten können.

VI.- WAS KANN ÜBER DIESEN KANAL BERICHTET WERDEN?

Die mitgeteilten Fakten müssen der Wahrheit entsprechen und falsche Beschwerden und/oder die Verbreitung von Gerüchten mit der Absicht, Dritten zu schaden, sind völlig verboten. Sollte sich herausstellen, dass die Meldung falsch ist, kann die TWG gemäß den Bestimmungen ihres Verhaltenskodex oder ihrer internen Handbücher eine Sanktion gegen den Beschwerdeführer verhängen, unbeschadet der Tatsache, dass falsche Informationen darüber hinaus eine Straftat darstellen könnten.

Im Allgemeinen kann jeder Benutzer über den Ethical Communication Channel über die folgenden Aspekte berichten:

- Hinweise, Verdachtsmomente oder Hinweise auf eine mögliche Nichteinhaltung von Vorschriften
- Straftaten, unethisches Verhalten
- Nichteinhaltung der Protokolle, Standards und Verhaltenskodizes des Unternehmens
- Risiken oder Nichteinhaltung des Datenschutzes
Anträge zur Ausübung von Datenschutzrechten

Zur Veranschaulichung, aber nicht zur Einschränkung, werden im Folgenden einige Fakten aufgeführt, die Gegenstand der Übermittlung von Informationen über diesen Kanal sein können:

a) Arbeitskonflikte.-

* Belästigung am Arbeitsplatz (Mobbing). – Handlung, die darauf abzielt, bei einer Person oder Personengruppe Unbehagen, Angst oder Schrecken in Bezug auf ihren Arbeitsplatz hervorzurufen, was die Würde der Arbeitnehmer und ihr Recht auf Privatsphäre beeinträchtigt. Dies kann in einer vertikalen oder horizontalen Linie auftreten.

* Sexuelle Belästigung. – Missbrauch einer Person in einer Situation der Überlegenheit gegenüber einer anderen Person oder zwischen Gleichen, um sexuelle Vorteile zu erlangen, wodurch die sexuelle Freiheit der anderen Person angegriffen wird. Es schafft ein einschüchterndes, feindseliges oder beleidigendes Arbeitsumfeld, und obwohl es normalerweise kontinuierlich auftritt, kann es auch vereinzelt auftreten.

* Diskriminierung. – Ungleichbehandlung einer Person oder Gruppe bei Einstellung, Behandlung und Beförderung aus Gründen der Rasse, Religion, Politik, des Geschlechts, des Alters, der körperlichen oder geistigen Verfassung usw.

* Autoritätsmissbrauch.- Machtmissbrauch durch Vorgesetzte oder Manager gegenüber ihren Angestellten oder Mitarbeitern in ungerechtfertigter Weise.

* Unangemessenes Verhalten. – Unangemessenes Verhalten, das zu einer unangenehmen und unsicheren Arbeitsumgebung führt.

b) Arbeitsbedingungen.-

* Sicherheit und Gesundheit.- Situationen, die ein berufliches Risiko für Mitarbeiter darstellen (Gesundheit, Sicherheitsmaßnahmen, Tragen von Helmen und Uniformen...), einschließlich geistigem, körperlichem und sozialem Wohlbefinden.* Vergütung.- Gehaltslücken, Verzögerungen bei Gehältern, fehlende Bonuszahlungen, Überstunden usw.

c) Umweltschäden.

Handlungen oder Unterlassungen, die zu Verletzungen der Menschenrechte innerhalb der TWG führen oder führen können, wie z. B. Vereinigungsfreiheit, Gesundheit, Bildung, faire und günstige Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung usw.

d) Menschenrechte.-

Handlungen oder Unterlassungen, die zu Verletzungen der Menschenrechte innerhalb der TWG führen oder führen können, wie z. B. Vereinigungsfreiheit, Gesundheit, Bildung, faire und günstige Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung usw.

e) Datenschutz und Informationssicherheit.-

Zweckentfremdung von Informationen und Daten des Unternehmens, der Kunden, Mitarbeiter, Aktionäre oder Lieferanten zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter. Verletzung des Berufsgeheimnisses. Verstoß gegen Prozesse, die die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Informationsressourcen verwalten.

f) geistiges Eigentum.-

Handlungen, die den Markenschutz verletzen, Geschäftsgeheimnisse preisgeben, das Urheberrecht verletzen oder die Bekämpfung von Plagiaten verhindern; sowie die Verletzung der geistigen Eigentumsrechte anderer Unternehmen.

g) schlechte Praktiken.-

Hierzu zählt zum einen die unrichtige oder unvollständige Beschreibung der Leistungen des Unternehmens sowie nach erfolgter Leistungserbringung die Angabe fehlerhafter, veralteter und subjektiver Angaben.

h) Interessenkonflikte.-

Situationen, in denen ein privates Interesse (persönlich oder wirtschaftlich) eines Mitarbeiters seine beruflichen Entscheidungen beeinflusst und dieses private Interesse mit den Interessen von TWG kollidiert. Diese Situationen können dadurch entstehen, dass in dem Unternehmen, mit dem ein Konflikt besteht, Familienangehörige, Partner oder enge Freunde arbeiten oder Eigentümer oder Gesellschafter sind, oder weil derselbe Mitarbeiter am Unternehmen beteiligt ist, oder aus einem anderen Grund, der als Einschränkung der Entscheidung des Mitarbeiters angesehen wird in Bezug auf ein Unternehmen oder eine Gesellschaft.

Ebenso kann ein Interessenkonflikt entstehen, wenn der Mitarbeiter einer politischen Partei angehört. Obwohl TWG das Recht respektiert, dass jeder Mitarbeiter in seiner persönlichen Eigenschaft an politischen Aktivitäten teilnehmen kann, stellen sie klar, dass wenn dies nicht die Interessen von TWG vertritt, es nicht im Widerspruch zu den Interessen von TWG stehen darf.

i) unfares Verhalten.-

* Korruption. – Annehmen oder Empfangen oder Versprechen, Anbieten, Bezahlen, Gewähren oder Genehmigen der Zustellung von Geschenken, Einladungen oder anderen Arten von Anreizen an Mitglieder eines anderen Unternehmens oder Amtsträger mit der Absicht, einen Vorteil für das Unternehmen zu erzielen oder Entscheidungen zu beeinflussen.

* Geldwäsche. – Geldeinschleusung in das Unternehmen aus illegale Aktivitäten oder schwere Straftaten.

* Wettbewerbswidrige Maßnahmen. – Maßnahmen, die den Wettbewerb auf dem Markt einschränken: Kartelle, Monopole, Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, unfaire Handlungen.

* Zusammenarbeit mit Unternehmen mit unlauteren Praktiken. – Zusammenarbeit oder Durchführung von Operationen mit Unternehmen, die mit Praktiken der Geldwäsche, Korruption, Wettbewerbswidrigkeit oder Terrorismusfinanzierung in Verbindung stehen.

i) Finanzbericht.-

Unregelmäßigkeiten in Konten, unbefugte Verwendung von Geldern oder Ressourcen, interne Kontrollen, Spesendokumente, Verschwendung, Kontoprüfungen usw.

i) Eigentumsbetrug.-

* Externer Betrug. – Handlung, bei der sich ein Dritter oder ein Unternehmensexterner vorsätzlich gegen die Interessen des Unternehmens stellt, um ihm Eigentum, Vermögenswerte oder Geld durch Täuschung oder andere unlautere Mittel zu entziehen.

* Interner Betrug. – Handlung, bei der sich ein Mitarbeiter vorsätzlich gegen die Interessen des Unternehmens stellt, um ihm Eigentum, Güter oder Geld durch Täuschung oder andere unlautere Mittel zu entziehen.

j) Begünstigung.-

Gewährung von Privilegien, Zugeständnissen oder Vorteilen an einen unternehmensexternen Dritten oder an einen Mitarbeiter, zu dem keine oder unbekannte persönliche oder wirtschaftliche Verbindung besteht, so dass keine Chancengleichheit unter Gleichgestellten bestehen. Eingeschlossen sind Fälle von Vorzugsbehandlung, die nicht im Widerspruch zur Integrität der Organisation stehen und keinen Interessenkonflikt mit sich bringen.

k) Nichteinhaltung gesetzlicher oder interner Vorschriften.-

* Nichteinhaltung von Gesetzen. – Nichteinhaltung nationaler, europäischer oder internationaler Vorschriften oder Gesetze.

* Nichteinhaltung von Vorschriften. – Nichteinhaltung von Unternehmens- oder Selbstregulierungsvorschriften, nicht in den vorherigen Abschnitten enthalten.

l) Weiteres.-

Jedes andere unregelmäßige oder rechtswidrige Verhalten, das, auch wenn es oben nicht beschrieben wurde, als ausreichend angesehen werden könnte, um darauf aufmerksam zu machen.

VII.- NICHT MELDEPFLICHTIGE FAKTEN

Als nicht meldepflichtig gelten:

1. Alle diejenigen, die nicht in den meldepflichtigen Tatsachen enthalten sind, wie z. B. Beschwerden über Rechnungen, Vorfälle im Zusammenhang mit dem Zugang zu einem Produkt oder andere Probleme, bei denen es sich nicht um unregelmäßiges oder rechtswidriges Verhalten wie die im vorherigen Abschnitt beschriebenen handelt.
2. Die Wiederholung von Tatsachen, die Gegenstand früherer Mitteilungen waren und als unzulässig angesehen/abgewiesen wurden, weil sie nicht der Wahrheit entsprachen, es an Plausibilität mangelte, es offensichtlich an einer Grundlage mangelte oder weil sie keinen Verstoß gegen die Rechtsordnung und/oder interne Aktionsprotokolle darstellten, es sei denn, es treten neue Umstände ein, die eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen.
3. Informationen, die mit Behauptungen über zwischenmenschliche Konflikte in Zusammenhang stehen oder nur den Informanten und die Person(en) betreffen, auf die sich die Kommunikation bezieht.
4. Informationen, die der Öffentlichkeit bereits vollständig zugänglich sind oder bei denen es sich lediglich um Gerüchte handelt.

VIII.- KOMMUNIKATIONSANFORDERUNGEN

Die Kommunikation muss folgende Mindestanforderungen enthalten:

1. Wenn sie nicht anonym ist, müssen der Vor- und Nachnamen des Beschwerdeführers sowie Kontaktinformationen (E-Mail und/oder Telefon) enthalten sein.

2. Identifizierung der für die Unregelmäßigkeit verantwortlichen Person: Vor- und Nachname der angezeigten Person, Position im Unternehmen, ob mehrere Abteilungen oder Personen beteiligt sind.

Verhalten oder gemeldete Unregelmäßigkeit: Beschreibung der Umstände der gemeldeten Unregelmäßigkeit, Beantwortung von Fragen wie: woraus bestehen sie, wann sind sie aufgetreten usw.

Nach Möglichkeit sollten Unterlagen oder Belege zu den gemeldeten Vorgängen beigelegt werden, insbesondere wenn die Beschwerde anonym ist.

IX.- RECHTE UND GARANTIE DES INFORMANTEN

Für das Anzeigeverfahren gelten folgende Grundsätze und Garantien, die stets einzuhalten sind:

- Gewährleistung der Vertraulichkeit und Schutz ihrer Privatsphäre durch Gewährleistung Ihrer persönlichen Umstände, die nur im Rahmen dieser Maßnahmen der Justizbehörde, der Staatsanwaltschaft oder der zuständigen Verwaltungsbehörde mitgeteilt werden dürfen im Rahmen einer strafrechtlichen, disziplinarischen oder sanktionierenden Untersuchung, die Ihnen im Voraus mitgeteilt wird, es sei denn, dies könnte die Untersuchung oder das Gerichtsverfahren gefährden.
- Priorität und dringende Bearbeitung.
- Umfassende Untersuchung des Sachverhalts und Lösung desselben.
- Garantie der Bearbeitung mit den erforderlichen Maßnahmen, gegebenenfalls auch mit disziplinarischem Charakter.
- Schutz bei Repressalien.

X.- PERSÖNLICHE DATEN DER INFORMIERENDEN PERSON

1- Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Informanten erfolgt gemäß den Bestimmungen des Organgesetzes 3/2018 vom 5. Dezember über den Schutz personenbezogener Daten und die Gewährleistung digitaler Rechte; Organgesetz 7/2021 vom 26. Mai über den Schutz personenbezogener Daten, die zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von Straftaten und der Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen verarbeitet werden; Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, durch die die Richtlinie 95/46/EU aufgehoben wird.

Seine Identität wird in jedem Fall geheim gehalten und nicht an die Person(en), auf die sich die gemeldeten Ereignisse beziehen, oder an Dritte weitergegeben.

2.-Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten sind die Bestimmungen der Artikel 6.1.c) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016, 8 des Organgesetzes 3/2018 vom 5. Dezember und 11 des Organgesetzes 7/2021 vom 26. Mai, da eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung dieses ethischen Kommunikationskanals besteht.

3-Ihr Zweck besteht darin, die bereitgestellten Informationen zu verwalten und Sie über den Fortschritt der Datei auf dem Laufenden zu halten, um die Benachrichtigungen vorzunehmen, die die geltende Gesetzgebung erfordert.

4-Der Zugriff auf personenbezogene Daten, die im internen Ethik-Informationskanal enthalten sind, ist im Rahmen seiner Befugnisse und Funktionen ausschließlich beschränkt auf:

- a) Der/Die Leiter/in des Systems, des Regulatory Compliance Committee und – sofern zutreffend – der Vorstand des Unternehmens.
- b) Der/Die Personalverantwortliche oder die ordnungsgemäß benannte zuständige Stelle, nur wenn die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen einen Arbeitnehmer angemessen sein könnte.
- c) Die Person, die für die rechtlichen Dienstleistungen des Unternehmens oder der Einrichtung verantwortlich ist, wenn die Ergreifung rechtlicher Maßnahmen in Bezug auf den in der Mitteilung dargelegten Sachverhalt angemessen ist.
- d) Die für die Behandlung möglicherweise benannten verantwortlichen Personen.

e) Der/Die Datenschutzbeauftragte/r.

f) Die Justiz- oder Strafverfolgungsbehörde für den Fall, dass ihr der gemeldete Sachverhalt bekannt gegeben wird.

5- Los Die bereitgestellten personenbezogenen Daten werden so lange aufbewahrt, wie es zur Erfüllung des Zwecks, für den sie erhoben wurden, erforderlich ist, und gelöscht, wenn sie für diesen Zweck nicht mehr erforderlich sind und die angemessene Aufbewahrungsfrist bei legitimen Gründen oder für die Geltendmachung oder Abwehr etwaiger Ansprüche unterschiedlicher Art überschritten wurde.

XI.- RECHTE DER VON DEN BEREITGESTELLTEN INFORMATIONEN BETROFFENEN PERSONEN

Das Recht, in kürzester Zeit darüber informiert zu werden, dass er/sie sich in einem Ermittlungsverfahren befindet, das sich aus einer gegen ihn/sie oder gegen seine/ihre Handlungen eingereichten Beschwerde ergeben hat. Die genannte Mitteilung wird den folgenden Mindestinhalt haben:

- Die gemeldeten Umstände
- Die zustehenden Rechte
- Das Verfahren zur Bearbeitung der Beschwerde

Recht auf Zugang zu den registrierten Daten, mit Ausnahme der Identität des Beschwerdeführers und der anderen von der Akte betroffenen Personen, sowie das Recht auf Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger personenbezogener Daten.

Unschuldsumutung. Der/Die Angeklagte hat das Recht, in der Akte gehört zu werden und die von ihm/ihr als angemessen erachteten Behauptungen vorzubringen. Er/sie kann die Unterlagen und Informationen vorlegen, die er/sie zum Beweis seiner/ihrer Unschuld für notwendig erachtet.

XII.- PERSÖNLICHE DATEN DRITTER VON DEN BEREITGESTELLTEN INFORMATIONEN BETROFFENEN PERSONEN

1.- Verarbeitung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person(en) erfolgt gemäß den Bestimmungen des Organgesetzes 3/2018 vom 5. Dezember über den Schutz personenbezogener Daten und die Gewährleistung digitaler Rechte;

Organgesetz 7/2021 vom 26. Mai über den Schutz personenbezogener Daten, die zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von Straftaten und der Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen verarbeitet werden; Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, durch die die Richtlinie 95/46/EG aufgehoben wird.

2.- Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten sind die Bestimmungen der Artikel 6.1.c) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016, 8 des Organgesetzes 3/2018 vom 5. Dezember und 11 des Organgesetzes 7/2021 vom 26. Mai, da eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung dieses internen Informationskanals besteht.

3. Sein Zweck besteht darin, die bereitgestellten Informationen zu verwalten, den Sachverhalt zu klären, indem er Sie zu einem Teilnehmer macht, und Sie über den Fortschritt des Vorgangs auf dem Laufenden zu halten, um die Benachrichtigungen vorzunehmen, die die geltende Gesetzgebung erfordert.

4.- Der Zugriff auf personenbezogene Daten, die im internen Ethik-Informationskanal enthalten sind, ist im Rahmen seiner Befugnisse und Funktionen ausschließlich beschränkt auf:

- a) Der/Die Leiter/in des Systems, des Regulatory Compliance Committee und – sofern zutreffend – der Vorstand des Unternehmens.
- b) Der/Die Personalverantwortliche oder die ordnungsgemäß benannte zuständige Stelle, nur wenn die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen Sie angemessen sein könnte.
- c) Die Person, die für die rechtlichen Dienstleistungen des Unternehmens oder der Einrichtung verantwortlich ist, wenn die Ergreifung rechtlicher Maßnahmen in Bezug auf den in der Mitteilung dargelegten Sachverhalt angemessen ist.
- d) Die für die Behandlung möglicherweise benannten verantwortlichen Personen.
- e) Der/Die Datenschutzbeauftragte/r.



f) Die Justiz- oder Strafverfolgungsbehörde für den Fall, dass ihr der gemeldete Sachverhalt bekannt gegeben wird.

5.- Die bereitgestellten personenbezogenen Daten werden so lange aufbewahrt, wie es zur Erfüllung des Zwecks, für den sie erhoben wurden, erforderlich ist, und gelöscht, wenn sie für diesen Zweck nicht mehr erforderlich sind und die angemessene Aufbewahrungsfrist bei legitimen Gründen oder für die Geltendmachung oder Abwehr etwaiger Ansprüche unterschiedlicher Art überschritten wurde.

6.- Sie können jederzeit die im Datenschutzgesetz (LOPD) vorgesehenen Rechte auf Zugang, Berichtigung, Löschung oder Widerspruch ausüben. Zu diesem Zweck müssen sie eine schriftliche Anfrage an die folgende E-Mail-Adresse senden: cce@tw-group.com, unter Angabe der Petition, die in der Anfrage gestellt wird.

Ungeachtet des Vorstehenden werden Sie im Falle eines Widerspruchs darüber informiert, dass bis zum Beweis des Gegenteils zwingende schutzwürdige Gründe vorliegen, die die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtfertigen.